

28.1.2015, 05:30 Uhr

Staatliches Gütesiegel

Steiniger Weg zur Anerkennung der Muslime

Simon Hehli 28.1.2015, 05:30 Uhr



Ein Spannungsfeld, das aufzulösen bleibt: Muslime aus andern Kulturen, hiesige Traditionen, Sitten und Gebräuche. (Bild: Mirjam Graf / NZZ)

In Basel wollen die Muslime die erste Hürde für eine öffentlichrechtliche Anerkennung nehmen. Scheitern könnten die Pläne am politischen Zeitgeist – und am Desinteresse der Säkularen.

Nach den Anschlägen in Paris stehen auch die Schweizer Muslime im Fokus der öffentlichen Debatte wie nie mehr seit der Minarett-Abstimmung 2009. Islamvertreter wie Farhad Afshar von der Koordination Islamischer Organisationen Schweiz oder Muhammed Hanel von der Zürcher Vereinigung der Islamischen Organisationen nutzen die Bühne, um für eine staatliche Anerkennung der Muslime zu weibeln. «Diese würde einen wertvollen Beitrag zu gesellschaftlicher Stabilität und zum religiösen Frieden leisten», so Hanel.

Solche Pläne sind nicht neu, doch wurden die Bemühungen immer wieder zurückgeworfen. So verwarf das Zürcher Stimmvolk 2003 die Möglichkeit, andere Glaubensgemeinschaften anzuerkennen, wuchtig; im Luzerner Kantonsrat versenkte eine SVP-CVP-Koalition im Sommer 2014 ein Gesetz, das die Grundlage für eine solche Anerkennung geschaffen hätte.

Hoffnungen ruhen auf Basel

Zuständig für die Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Religion sind die Kantone. Die Unterschiede sind dabei eklatant: Die reformierte und die katholische Kirche sind fast überall öffentlichrechtlich anerkannt; die Christkatholiken haben diesen Status nicht einmal in der Hälfte der Kantone, die Juden bloss in einigen wenigen. Am offensten zeigen sich bis jetzt die Basel-Städter: Das Parlament [verlieh 2012 auch den Aleviten](#), einer aus dem Islam hervorgegangenen Glaubensgemeinschaft, das staatliche Gütesiegel.

Allerdings handelte es sich dabei um eine sogenannt «kleine» oder öffentliche Anerkennung. Die Basler haben wie Zürich oder die Waadt ein zweistufiges Modell: Die kleine Anerkennung ermöglicht – je nach Kanton verschieden – den Religionsunterricht an öffentlichen Schulen, das Einrichten von muslimischen Friedhöfen, Besuche von Seelsorgern in Gefängnissen und Spitälern oder den Zugriff auf die Einwohnerdaten. Die «grosse» oder öffentlichrechtliche Anerkennung macht darüber hinaus den Weg frei zu einer Steuererhebung durch den Staat analog zur Kirchensteuer. Zu den Pflichten gehören Transparenz über die Geldströme und die Respektierung der Grundwerte der schweizerischen Rechtsordnung.

Den Muslimverbänden ist bewusst, dass ihre Chancen grösser sind, zuerst die kleine Anerkennung zu erlangen. Sie setzen ihre Hoffnungen deshalb auf Pilotprojekte in Basel und in der Waadt. Die Vorarbeiten in Basel sind [seit einigen Monaten in Gang](#). Laut Farhad Afshar wird derzeit ein Organisationsstatut erarbeitet. Dieses sieht vor, dass sich die Basler Muslime als Glaubensgemeinschaft konstituieren – nach dem Vorbild der Landeskirchen.

Im Herbst sollen sich die islamischen Vereine zum Statut äussern, im nächsten Winter könnte es dann Wahlen geben, zu denen alle Muslime in Basel eingeladen sind. «Die Gewählten werden demokratisch legitimiert sein, im Namen der Muslime Gespräche über eine öffentliche Anerkennung zu führen», so Afshar. Fernziel bleibt die grosse Anerkennung. «Die Schweizer Muslime brauchen eigene Infrastrukturen wie Altersheime und professionelle Seelsorge durch hier ausgebildete Imame», sagt Afshar. «Damit sind die heutigen Vereine oft überfordert.» Eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, finanziert durch Steuern von Muslimen, könne diese Aufgaben besser erfüllen.

Potenzielle Stolpersteine

Es ist jedoch umstritten, wie gross der Wunsch der breiten Masse der Muslime nach einer öffentlichrechtlichen Anerkennung überhaupt ist. Der Islamforscher Andreas Tunger-Zanetti von der Universität Luzern vermutet, dass ein beträchtlicher Teil des muslimischen «Fussvolks» wenig Interesse an diesem Status hat, für den es Steuern abliefern müsste. «Ohnehin nutzt die Mehrheit der Muslime die Moscheen selten und würde nicht unbedingt aktiv einer islamischen

Körperschaft beitreten wollen.» Und dann gibt es noch fundamentalistisch gesinnte Muslime, die genauso wenig ein Interesse an enger Partnerschaft mit dem Staat haben wie die Mitglieder von evangelikalen Freikirchen.

Hinzu kommen weitere potenzielle Stolpersteine. Als weniger problematisch dürfte sich die oft zitierte Zersplitterung der muslimischen Gemeinschaft erweisen. Laut Afshar sind die rund 300 lokalen muslimischen Vereine zwar vorwiegend ethnisch geprägt. Doch in den kantonalen und nationalen Gremien würden Albaner, Bosnier oder Türken gut zusammenarbeiten. Dass im Laufe der Zeit Secondos, deren Hauptsprache Deutsch ist, das Zepter übernehmen werden, dürfte die ethnischen Gräben weiter verkleinern. Denkbar ist zwar, dass bei der Anerkennungsfrage die kleine Minderheit der Schweizer Schiiten einen Sonderweg wählt. Aber auch das staatlich anerkannte Christentum ist ja kein monolithischer Block.

Grösser scheint angesichts des politischen Zeitgeists das Risiko, dass eine staatliche Anerkennung der Muslime am Volkswillen scheitert, was eine weitere Verhärtung der Fronten zur Folge haben könnte – so wie nach dem Minarett-Entscheid. Tunger-Zanetti rät deshalb den Muslimen, sich zuerst um die gesellschaftliche Anerkennung zu kümmern. «Auf diesem Humus kann das zarte Pflänzchen der juristischen Anerkennung erst gedeihen.» Afshar hingegen hält den Zeitpunkt für richtig. Die Muslime dürften nicht zuwarten, bis sich die Konflikte weiter steigerten. «Wenn die kleine Anerkennung bald gelingt, schafft dies ein Vertrauensverhältnis, das später auch die öffentlichrechtliche Anerkennung ermöglicht.»

MEHR ZUM THEMA

**Anerkennung als Religionsgemeinschaft
Basel als Pilotkanton für Moschee-
Vereine**

4.4.2014, 14:37 Uhr

**«Die Muslime wollen stolz sein
können auf ihre Moschee»**

9.10.2014, 05:30 Uhr

**Schweizer Muslime
Anerkennen, nicht ausgrenzen**

16.1.2015, 05:30 Uhr

**Islam in der Schweiz
«In 20 Jahren gehören Muslime
dazu wie die Italiener»**

25.1.2015, 05:30 Uhr

**Kommentar
Anerkennen, nicht ausgrenzen**

28.1.2015, 06:33 Uhr

**Islam in der Schweiz
«In 20 Jahren gehören Muslime
dazu wie die Italiener»**

28.1.2015, 06:31 Uhr

COPYRIGHT © NEUE ZÜRCHER ZEITUNG AG - ALLE RECHTE VORBEHALTEN. EINE WEITERVERARBEITUNG, WIEDERVERÖFFENTLICHUNG ODER DAUERHAFTES SPEICHERUNG ZU GEWERBLICHEN ODER ANDEREN ZWECKEN OHNE VORHERIGE AUSDRÜCKLICHE ERLAUBNIS VON NEUE ZÜRCHER ZEITUNG IST NICHT GESTATTET.